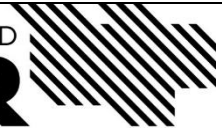


Die Regionaldirektorin

REGIONALVERBAND

RUHR



Drucksache Nr.: 14/1202

	17.08.2023
Beschlussvorlage	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Verbandsausschuss	vorberatend	11.09.2023	16.5
Verbandsversammlung	beschließend	22.09.2023	

Betreff: Überplanmäßige Mittelbereitstellung für diverse Aufwandspositionen des Referates 18 - Zentrale Dienste

Beschlussvorschlag:

Der Verbandsausschuss stimmt gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen im Haushaltsjahr 2023 für die konsumtiven Mittelbedarfe des Referates „Zentrale Dienste“ in Höhe von 443.000,00 € wie folgt zu:

Produkt 011800 - Zentrale Dienste
Kostenstelle 18100 - Team 18-1 Hausservice
Diverse Sachkonten
215.000,00 €

Produkt 011800 - Zentrale Dienste
Kostenstelle 18200 - Team 18-2 IT Prozesse und Datenmanagement
Diverse Sachkonten
205.000,00 €

Produkt 011800 - Zentrale Dienste
Kostenstelle 18400 Team 18-4 Veranstaltungsmanagement
Diverse Sachkonten
23.000,00 €

Die Deckung der Mehraufwendungen wird wie folgt sichergestellt:

Produkt 011800 - Zentrale Dienste
Kostenstelle 18300 - Team 18-3 Bibliothek
Sachkonto 543204 - Aufwendungen für Dienstleistungen
Minderaufwendungen in Höhe von 49.000,00 €

Diverse Produkte/Kostenstellen
Personalaufwendungen
Minderaufwendungen in Höhe von 394.000,00 €

Die unabweisbaren Bedürfnisse werden anerkannt.

Begründung:

Das Referat 18 Zentrale Dienste hat die Aufgabe, für einen möglichst reibungslosen Dienstbetrieb zu sorgen. Neben eigenem Personal erfolgt dies an vielen Stellen im Zusammenspiel mit externen Dienstleistern. Immer dort, wo regelmäßig Leistungen erbracht werden (z. B. Wartungen, Leasing) bestehen Verträge mit definierten Leistungen und Entgelten. An folgenden Stellen haben sich nicht vorhersehbare Mehrbedarfe ergeben:

Kostenstelle 18100, diverse Sachkonten, + 215.000,00 €

Mehraufwendungen sind insbesondere durch Tarifsteigerungen im Reinigungsgewerbe entstanden, Zudem ist das Leistungsverzeichnis für das Dienstgebäude GU 47 dem der anderen Dienstgebäude angeglichen worden. Der Erwerb der GU 45 führt zu Mehrkosten beim Winterdienst.

Die Ausweitung des mobilen Arbeitens führt zu einem weiteren Anstieg der eingesetzten Mobilgeräte mit entsprechend höheren Vertragskosten. Im Postbereich wächst insbesondere der Paketversand, was im Zusammenspiel mit Tarifsteigerungen ebenfalls zu Mehrbedarfen führt.

Kostenstelle 18200, diverse Sachkonten, + 205.000,00 €

Die Mittel für die datentechnische Anbindung des Dienstgebäudes KP 4/6 waren ursprünglich investiv veranschlagt, sind jedoch konsumtiver Natur, da die Leitungen nicht Eigentum des RVR sind. Der GPA-Bericht zum Stand der IT-Sicherheit beim RVR und der Wunsch nach einer Versicherung gegen Schäden durch Hackerangriffe haben Handlungsbedarfe erzeugt, die aktuell mit externer Unterstützung gedeckt werden sollen. Hierdurch sind zusätzliche, nicht eingeplante Kosten im Bereich Dienstleistungen entstanden.

Kostenstelle 18400, diverse Sachkonten, + 23.000,00 €

Die wieder wachsende Zahl an Veranstaltungen verursacht ebenso höhere Kosten wie die Erweiterung des Fuhrparks in Verbindung mit höheren Energiepreisen. Parallel hierzu sinken die Einnahmen aus der Parkplatzvermietung, da durch verstärktes mobiles Arbeiten das Interesse an einem eigenen Parkplatz sinkt. Obwohl das Kommunalpolitische Treffen voraussichtlich erst 2024 stattfindet, können diese Mehrbedarfe hierdurch nicht vollständig kompensiert werden.

Finanzielle und haushaltsmäßige Auswirkungen sowie Folgewirkungen:

1. Teilergebnisplan Kostenstelle 18100; Kostenträger 1018000

Teilergebnisplan	Lfd. HH-Jahr	2024	2025	2026	2027 ff.
Erträge	274.000				
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen	2.601.000				
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)	743.000				
Summe (Eigenanteil)	3.618.000				
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2024	2025	2026	2027 ff.
Erträge	274.000				
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen	2.386.000				
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)	743.000				
Summe	3.403.000				
Abweichungen ¹	215.000				

Teilergebnisplan Kostenstelle 18200; Kostenträger 1018000

Teilergebnisplan	Lfd. HH-Jahr	2024	2025	2026	2027 ff.
Erträge	180.000				
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen	2.269.000				
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)	357.000				
Summe (Eigenanteil)	2.806.000				
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2024	2025	2026	2027 ff.
Erträge	180.000				
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen	2.064.000				
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)	357.000				
Summe	2.601.000				
Abweichungen ¹	205.000				

Teilergebnisplan Kostenstelle 18400; Kostenträger 1018000

Teilergebnisplan	Lfd. HH-Jahr	2024	2025	2026	2027 ff.
Erträge	90.000				
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen	333.000				
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe (Eigenanteil)	423.000				
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2024	2025	2026	2027 ff.
Erträge	90.000				
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen	310.000				
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe	400.000				
Abweichungen ¹	23.000				

¹ Positiver Wert = Nachveranschlagung bzw. Deckung erforderlich

2. Auswirkungen

- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist nicht erforderlich (**Haushaltsverbesserung/-neutralität**).
- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist erforderlich (**Haushaltsverschlechterung**). Erläuterungen siehe unten.
- Folgewirkungen sind in dem o. g. Bedarf berücksichtigt.

Erläuterungen: Die entstehenden Mehrbedarfe von 443.000 € gefährden nicht zuletzt den reibungslosen Dienstbetrieb des Referates „Zentrale Dienste“. Ein Teil der Mittel kann durch Einsparungen von 49.000,00 € aus dem Budget der Kostenstelle 18300 bereitgestellt werden. Die verbleibenden Mehraufwendungen von 394.000,00 € können aus Einsparungen der etatisierten Personalaufwendungen entnommen werden. Zeitlich verzögerte Stellenbesetzungen, die Beantragung von Elternzeit sowie langfristigen Erkrankungen ergeben hier einen entsprechenden Minderbedarf.

3. Bilanz

Veräußerungsgewinne bzw. -verluste können gemäß § 43 Abs. 3 KomHVO NRW zu zusätzlichen finanziellen Auswirkungen in der Bilanz führen.

- Keine Auswirkungen, weil keine Veräußerungsgewinne bzw. -verluste entstehen.
- Die finanziellen Auswirkungen aus Veräußerungsgewinnen bzw. -verlusten werden in den Erläuterungen dargestellt.

Erläuterungen:

4. Klima-Check

(Leitfaden und Formular befinden sich im Intranet)

- Der Klima-Check wurde bei der Beschlussvorlage durchgeführt.
- Es ergeben sich keine klimarelevanten Auswirkungen.
- Es ergeben sich positive oder negative klimarelevante Auswirkungen. Die Erläuterungen dazu werden im Klima-Check-Formular in der Anlage dargestellt.
- Durch einen Alternativvorschlag bei negativen Auswirkungen entsteht
 - kein Mehraufwand
 - Mehraufwand, und zwar: _____ €.

Sachbearbeiter/in	Referat / Referatsleiter/in	Bereich / Beigeordnete/r	Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel
Burstedde, Walter	Holtmann, Thomas	Bereich II Wirtschaftsführung Schlüter, Markus	
Akt.zeichen			